

Öffentlichungen demokratischen Charakters, politische Betätigung von Familienangehörigen, Urlaubsreisen mit Kindern in die DDR, Kritik an undemokratischen Praktiken des Staatsapparates u. a.

Erst kürzlich wurden wieder zwei Junglehrer als „Verfassungsfeinde“ abgestempelt,

Gemeine Schnüffelaktionen in großem Ausmaß

Die dem Berufsverbot vorausgehenden Einzelverhöre stützen sich auf Materialien und Dossiers des BRD-Geheimdienstes, der sich Verfassungsschutz nennt. Über das Ausmaß der Schnüffelaktionen, das strenger Geheimhaltung unterliegt, stellte eine BRD-Illustrierte fest: „Den Spitzeln entgeht keiner, der sich irgendwann einmal politisch links engagiert hat: Rund zwei Millionen sind allein in der modernen Computeranlage des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz gespeichert.“

Und in der Tat, wie Augenzeugen des DKP-Organs „Unsere Zeit“ berichten, stecken die Spitzel überall: Sie sitzen im Arbeitsamt und tragen unter dem Vorwand des Sammelns von Angaben zur Arbeitsvermittlung „wichtiges Material“ zusammen. Sie befinden sich an der Grenze zur DDR und registrieren allem Gerede von Freizügigkeit zum Hohn beispielsweise den Zweck der Reisen ihrer Bürger in die DDR, um daraus erst einen Beweis „linksradikaler Tätigkeit“ abzuleiten. Sie notieren Nummern der Fahrzeuge von Teilnehmern an Wahlveranstaltungen der DKP.

Und da, wo sich kein solcher „Beweis“ findet, wird einer „produziert“, wie zum Beispiel eine Fotokopie eines angeblichen DKP-Mitgliedsbuches der Lehrerin Angelika Volkhardt aus Schleswig-Holstein. Dieser „Beweis“ war eine grobe Fälschung mit dem Ziel, einen

weil sie, in der Jugendarbeit der evangelischen und katholischen Kirche tätig, aus pazifistischem Engagement und christlicher Überzeugung als Mitglieder einer Friedensgesellschaft für eine Welt ohne Krieg und für Abrüstung eingetreten sind, weil sie sich für die Entspannung eingesetzt haben.

fortschrittlichen parteilosen Menschen aus dem Schuldienst zu entfernen.

Es kennzeichnet das System, das mit der Gesinnungsschnüffelaktion nicht einmal vor Schulkindern haltmacht. Auf Veranlassung des Schuldirektors in Anberg (Sauerland) wurden die Leiter der Realschulen angewiesen, Mitglieder der „Jungen Pioniere“ auf „schwarze Listen“ zu setzen. Wie weit ist ein Staat von Humanismus, Freiheit und Menschlichkeit entfernt, wenn er bereits Mitglieder demokratischer, fort-

Elementare Grund- und Menschenrechte grob verletzt

Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu jeder Rechtsstaatlichkeit. Sie vollzieht sich dann und dort, wo das Kapital seine Klassenherrschaft ausübt, wo sich die ökonomische und politische Macht in den Händen einer kleinen Minderheit befindet.

Bei uns, in den Staaten des Sozialismus, ist eine solche Entwicklung undenkbar. Bespitzelung der Bürger und Gesinnungsschnüffelaktion widersprechen dem Wesen des sozialistischen Staates. Die Bürger sind vielmehr aufgerufen, sich zu allen Staatsangelegenheiten zu äußern; sie arbeiten, planen und regieren mit. Und sie tun das aus dem Wissen heraus, damit der gesellschaftlichen Entwicklung zu dienen, zu ihrem eigenen Wohl und zu dem des Staates.

Diese Einstellung ergibt sich

schriftlicher Kinder- und Jugendorganisationen bespitzeln läßt!

Parallel zu der staatlich betriebenen Gesinnungsschnüffelaktion hat sich die Berufsverbotspraxis in der Großindustrie entwickelt. Die Konzerne arbeiten nicht nur mit dem Verfassungsschutz eng zusammen, sondern haben auch eigene Spitzel, die „verdächtige Aktivitäten“ von Mitarbeitern im Betrieb und außerhalb des Betriebes festhalten.

Der konzern-eigene Werkschutz legt dazu eigene Dossiers an, in denen gewerkschaftliche und andere politische Betätigungen, Reisen in die DDR sowie verdächtige Äußerungen von Mitarbeitern der Betriebe registriert werden. Außerdem unterhalten die Konzerne an den Universitäten eigene Gewährsmänner. Allein ihr Urteil über die Gesinnung der Studenten entscheidet darüber, ob diese für den Konzern geeignet sind oder nicht.

objektiv daraus, daß in der sozialistischen Gesellschaft alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt sind und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln die Vorherrschaft gewonnen hat. Dadurch sind Beziehungen wahrer Gleichberechtigung, Freiheit und sozialer Sicherheit entstanden.²⁾

Die Berufsverbotspraxis in der BRD steht auch im Widerspruch mit zahlreichen Artikeln des Bonner Grundgesetzes. Doch Papier ist das eine, die Herrschaft des Kapitals das andere. Auf dem Papier der Verfassung steht zum Beispiel, daß allen Bürgern das Recht nach freier Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes sowie der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit sicher ist. Nun, wir wissen, daß es damit an-